

M 5.48

Weitere 99,8 Millionen Mark für Sanierungsmaßnahmen

Giftkippe Münchehagen: Ministerium beantwortet Fragen

Münchehagen/Hannover (re). „Nach acht Jahren Schröder-Regierung konnte die Deponie Münchehagen weder gesichert, geschweigedenn saniert werden. Das Umweltministerium hat es offensichtlich vorgezogen, auf entsprechende Vorhalte überhaupt nicht mehr zu reagieren“, schrieb der CDU-Landtagsabgeordnete Willi Heineking (Landesbergen) am 11. Februar in einer kleinen Anfrage an die Landesregierung.

Jetzt liegt die Antwort vor, in der von Sanierung die Rede ist: „Der Haushaltsausschuß hat für die geplanten Sanierungsmaßnahmen durch Beschluß vom 19. 11. 1997 einen weiteren Betrag von bis zu rund 99,8 Millionen Mark freigegeben“, schreibt das Ministerium. Weil von Sanierung in den vergangenen zwölf Monaten kaum mehr die Rede war, hatten Anrainerkommunen die Befürchtung geäußert, das Land werde es bei der abgepackten Sicherung belassen.

Die Altlastensicherungsgesellschaft (ASG) ist am 1. April unter alleiniger Geschäftsführung von Klaus Eggerking

tätig geworden. Eggerking war leitender Ministerialbeamter im Umweltministerium. Dieses weist weiterhin Vorwürfe über von der Deponie ausgehende Gesundheitsgefahren zurück. „Keine Hinweise.“ Gefahren belegen nach wie vor unter anderem Bürgerinitiativen, BUND Petershagen und das Staatliche Umweltamt Minden durch Meßdaten.

In diesem Jahr soll die Wasserhaltung erneuert und an den Randbereich verlegt werden. Die Vorbereitungen zum Einbau der Dichtwand (30 Meter Tiefe / 1200 Meter Länge) sollen anlaufen. Ab dem Jahr 2000 soll die Oberflächenabdeckung beginnen. Geld stehe bereit.

Die Bezirksregierung hat die ASG beauftragt, die Öffentlichkeit umfassend über die Sicherungsmaßnahmen zu informieren. Das Umweltministerium bereitet mit den Anrainerkommunen eine vertragliche Vereinbarung vor, die Umfang und Inhalt der Öffentlichkeitsbeteiligung regeln soll.